

«Die Politik delegiert immer mehr an die Strafverfolgung»

Seit einem Jahr leitet Beatrice Kolvodouris die Zuger Staatsanwaltschaft. Im Interview spricht sie darüber, was sie an der Arbeit bei der Strafverfolgung fasziniert und weshalb der Druck bei den Strafbehörden kontinuierlich zunimmt.

Interview: Kristina Gysi

Sie sind seit einem Jahr leitende Oberstaatsanwältin im Kanton Zug. Welche Bilanz ziehen Sie?

Beatrice Kolvodouris: Gesamthaft hat sich das Gesicht der Zuger Staatsanwaltschaft verändert. Einige Mitarbeitende sind pensioniert worden und neue, junge Leute sind hinzugekommen. Das ist eine Herausforderung, aber auch eine grosse Chance. Es geht zwar viel Know-how verloren, aber es kommen neue Ideen rein. Ich persönlich habe weniger Zeit für einzelne Fälle, was ich ein wenig vermisse. Mein Arbeitsalltag dreht sich nun oft um Personelles und Strategisches, aber auch das hat seinen Reiz.

Sie sprechen vom «Gesicht der Staatsanwaltschaft», diese agiert aber meist im Hintergrund und ist im Alltag der Bevölkerung nicht wirklich präsent. Wie sehen Sie das?

Die Justiz drängt sich generell nicht in den Vordergrund. Es ist nicht das Ziel, dass Staatsanwältinnen zu Medienstars werden. Wir vertreten eine Behörde und versuchen, unsere Arbeit möglichst gut zu machen. Dennoch habe ich die Haltung, dass es die Verantwortung der Justiz im Allgemeinen ist, ihre Aufgabe zu erklären. Und dafür muss man manchmal in der Öffentlichkeit präsent sein, wozu ich bereit bin. Schwieriger ist es, in konkreten Fällen Aussagen zu treffen.

Wie würden Sie die Aufgabe der Staatsanwaltschaft einem Kind erklären?

Meinen Kindern habe ich immer gesagt, dass ich in Zusammenarbeit mit der Polizei Beweise sammle und dafür Sorge, dass die beschuldigte Person gerecht bestraft wird.

Nebenamtlich sind Sie Richterin in der Berufungskammer des Bundesstrafgerichts. Dort richten Sie. Als Staatsanwältin befinden Sie sich in der anklagenden Rolle. Wie hat sich Ihr Blick auf Strafverfahren durch diesen Perspektivwechsel verändert?

Meine Anklagen sind geschärfter und meine Plädoyers kürzer geworden. Rechtliche Ausführungen a gogo bringen nichts. Damit beleidigt man eher das Gericht, schliesslich kennen sich die Richterinnen und Richter mindestens genauso gut mit Paragrafen und Gesetzestexten aus, wie Staatsanwälte oder Rechtsanwältinnen. Es ist gut, eine andere Seite gesehen zu haben. Das fördert einerseits das Verständnis und andererseits kann man besser antizipieren, worauf sich beispielsweise die Verteidigung eines Beschuldigten berufen könnte.

Was hat Sie schliesslich dazu bewogen, Staatsanwältin zu werden?



Oberstaatsanwältin Beatrice Kolvodouris kennt das Gerichtswesen auch aus der Perspektive der Richterin und der Rechtsanwältin. Bild: zvg

Im Herzen war ich immer in der Strafverfolgung zu Hause. Das ist auch auf die Gerichtsfilme der 90er-Jahre zurückzuführen, mit Staatsanwältinnen, die plötzlich noch einen Beweis aus dem Ärmel gezaubert haben. Und ich bin gerne an der Front. Als Staatsanwältin muss man Menschen mögen und sich mit ihnen beschäftigen wollen. Auch mit solchen, die sich gerade in einer sehr schwierigen Lebenslage befinden. Ich finde das wahn-sinnig spannend und würde nichts anderes tun wollen.

Gab es einen Fall, der besonders wichtig oder gar entscheidend war für Ihre Karriere?

Nicht wirklich. Ich habe aus vielen Fällen etwas gelernt. Schwierig sind immer die, in denen zu Beginn völlig unklar ist, was genau passiert ist. Man

«Ich bin gerne an der Front. Als Staatsanwältin muss man Menschen mögen und sich mit ihnen beschäftigen wollen.»

Beatrice Kolvodouris

hat da eine enorm grosse Verantwortung.

Wie gehen Sie mit dieser Verantwortung um?

Ich habe mir immer gesagt, dass ich nach bestem Wissen und Gewissen handle. Entlastend ist zudem, dass wir extrem gut kontrolliert werden. Schliesslich kann jeder Entscheid angefochten werden. Das ändert aber nichts daran, dass man mutig sein muss, um diesen Job zu machen. Man muss für seine Entscheidungen und Schlussfolgerungen geradestehen. Auch wenn man sich nicht immer zu hundert Prozent sicher ist, ob man richtig entschieden hat. Glücklicherweise ist meine Erholungsfähigkeit relativ gut. Oft reicht ein Spaziergang, um den Kopf freizubekommen. Und wenn immer möglich, gehe ich Bergsteigen.

In den Medien ist vermehrt von einer hohen Arbeitsbelastung der Strafbehörden zu lesen. Wie nehmen Sie das wahr?

Das ist so, wir haben viel Arbeit. Die Herausforderung ist, dass die Politik immer mehr an die Strafverfolgung delegiert.

Wie meinen Sie das?

Früher beschränkte sich das Strafrecht auf die Artikel im Strafgesetzbuch. Hinzu kamen höchstens noch das Betäubungsmittel- und das Strassenverkehrsgesetz. Heute findet sich in jedem Nebengesetz, beispielsweise im Lebensmittelgesetz, eine Strafbestimmung. Man kann darüber streiten, ob das sinnvoll ist. Am Ende setzen wir um, was die Politik uns aufträgt. Es stellt sich aber die Frage, wie Prioritäten gesetzt und alles unter

Projekt Justitia 4.0

Ziel des Projekts Justitia 4.0 ist es, die heutigen Papierakten durch elektronische Dossiers zu ersetzen. So steht es auf der Website Digitale Strategie Schweiz. Über die Plattform «Justitia.Swiss» soll der Verfahrensleitung sowie den Verfahrensbeteiligten zeit- und ortsunabhängig Akteneinsicht ermöglicht werden. Somit würden Verzögerungen durch den postalischen Austausch wegfallen und die Zusammenarbeit zwischen Justizbehörden und Anwaltschaft effizienter werden. Aus Sicht des Datenschutzes ist das Projekt allerdings umstritten. (gy)

einen Hut gebracht werden kann.

Gibt es weitere Beispiele für diese Entwicklung?

Früher war es nicht die Aufgabe der Strafverfolgung, sich beispielsweise um Tätigkeitsverbote und Landesverweise zu kümmern. Heute schon, und das generiert einen massiven Mehraufwand. All diese zusätzlichen Aufgaben wirken sich auf unsere Ressourcen aus. Es ist ein Balanceakt zwischen Rechtsstaatlichkeit und Effizienz.

Welches sind die grössten anstehenden Herausforderungen für die Zuger Justiz?

Das Digitalisierungsprojekt Justitia 4.0 fordert die gesamte schweizerische Justiz enorm.

Was die Zukunft der Zuger Justiz betrifft, sind wir gut aufgestellt und haben gute Leute. Diesen müssen wir Sorge tragen und schauen, dass wir sie nicht überlasten. Mit dem Bevölkerungswachstum und weiteren Firmen, die nach Zug ziehen, werden wir früher oder später mehr Ressourcen brauchen. Ich bin also der Ansicht, dass es Luft nach oben gibt und wir als Behörde immer den Anspruch haben sollten, besser zu werden.

Zur Person

Beatrice Kolvodouris, 49, studierte Rechtswissenschaften an der Universität Freiburg und erwarb 2003 das Rechtsanwalts-patent im Kanton Zug. 2007 schloss sie in Luzern den Master in Forensik ab. Seit 2022 arbeitet sie als Oberstaatsanwältin im Kanton Zug, seit Anfang 2025 leitet sie die Behörde. (gy)

Hinweis

Zum Jahreswechsel sprechen wir mit Zugerinnen und Zugern, die auf ein besonderes Jahr zurück- oder vorausblicken